

Arbeitskampf am Kai

Am Mittwoch beginnt die nächste Tarifverhandlungsrunde der norddeutschen Hafenarbeiter. Die Belegschaften sind streikbereit.

Von Mirko Knoche

Die Hafenarbeiter an der norddeutschen Küste fordern höhere Löhne. Mindestens 2,50 Euro mehr pro Stunde verlangt die Gewerkschaft Verdi in den Verhandlungen mit dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) am Mittwoch und Donnerstag in Bremerhaven. Für höhere Entgeltgruppen soll das Plus noch 8,2 Prozent betragen, begrenzt auf 12 Monate. Der ZDS hatte Ende Juli hingegen 5,3 Prozent mehr für alle und dazu Einmalzahlungen bei zwei Jahren Laufzeit geboten. Betroffen sind die Häfen in Hamburg, Bremen/Bremerhaven, Emden, Brake und Wilhelmshaven.

Eine Rücksprache seitens Verdi mit den Belegschaften hatte ergeben, dass die dortigen Beschäftigten der Unternehmenseite mehrheitlich die Möglichkeit für ein besseres Angebot einräumen wollen. Erst nach der jetzt anstehenden zweiten Verhandlungsrunde drohen Warnstreiks. »Sie halten bei immer weiter steigenden Anforderungen den Betrieb am Laufen – daher verdienen sie eine deutliche Verbesserung ihrer Löhne«, sagte Verdi-Verhandlungsführerin Sylvi Krisch über ihre Kollegen in einer Presseaussendung vom Dienstag. »Und sie sind bereit, dafür zu kämpfen.«

Die Gewerkschaft sieht aufgrund der gestiegenen Containerumsätze genug Geld in den Kassen der Hafenbetreiber, um die Lohnerhöhung zu finanzieren. Traditionell liegen die Abschlüsse in den Häfen bundesweit an der Spitze der Tarifverträge aller Branchen. Das jetzige Abwarten geschehe deshalb aus einer Position der Stärke, schätzten gewerkschaftlich Aktive die Lage gegenüber jW ein.

Der ZDS seinerseits hofft auf eine »schnelle und geräuschlose Einigung«, ähnlich wie bei den Verhandlungen im vergangenen Jahr, sagte ein Sprecher jW. Damals erzielten Unternehmer und Gewerkschaft schon in der ersten Runde ein Ergebnis. Das Angebot galt seinerzeit mit 3,1 Prozent mehr Lohn auf zwölf Monate und Einmalzahlungen von 1.200 bis 1.800 Euro als vergleichsweise attraktiv. Nun sei jedoch ein zweijähriger Abschluss »Grundlage und Gegenstand« der Gespräche, so der ZDS-Sprecher weiter. Der schaffe Planungssicherheit für Hafenbetriebe und Beschäftigte gleichermaßen.

Auch Verdi-Verhandlungsführerin Kirsch nimmt bei den diesjährigen Verhandlungen eine Orientierung der Unternehmenseite auf eine lange Laufzeit in den Verhandlungen wahr. Vermutlich soll so die Automatisierung der Seehäfen vorangetrieben werden können. Die Interessen der Belegschaften

liegen naturgemäß anders. Daher müsse der ZDS »ordentlich draufsatteln«, wenn er tatsächlich einen Lohntarifvertrag über zwei Jahre abschließen will, meinte Kirsch im Gespräch mit jW. Mit den angebotenen 5,3 Prozent mehr sei nicht einmal ein Inflationsausgleich gewährleistet.

Eine Schmerzgrenze für die Beschäftigten konnte Kirsch nicht benennen. Die Belegschaften müssen in die abschließende Entscheidung erst über die sogenannten Tarifbotschafter eingebunden werden. Die Botschafter wurden eingeführt, weil Belegschaften frühere Tarifabschlüsse als voreilig kritisiert hatten. Letztes Jahr habe sich deren Unmut dagegen gerichtet, dass diese Beauftragten zwar eingeführt, aber nicht ausreichend beteiligt worden seien, sagte einer von ihnen gegenüber jW.

Nun sollen die Botschafter am Freitag über den Stand der Verhandlungen informiert werden und tragen diese ab der kommenden Woche in die Belegschaften. Ganze 11.000 Menschen arbeiten in den norddeutschen Seehäfen. Sollten sie und die Bundestarifkommission das neue Angebot der Hafenbetreiber nicht billigen, drohen ab der 34. Kalenderwoche Warnstreiks, so Kirsch. Die Friedenspflicht ist Ende Juli ausgelaufen. »Die Streikbereitschaft ist hoch«, sagte die Gewerkschafterin weiter.

Einjährige Tarifverträge sind inzwischen in der Tat eine vergleichsweise seltene Besonderheit der Hafenbranche. Sie waren – neben der außerordentlichen Höhe – einer der Hauptgründe für den langen tarifpolitischen Frieden von 1978 bis 2022. 2022 hatten die Hafenarbeiter dann erstmals seit 44 Jahren gestreikt. Dann erzwangen die Seehafenbosse eine sechswöchige Friedenspflicht vor Gericht, weil sie im Streikaufruf formale Fehler geltend machen konnten. Während der sechs Wochen kam es schließlich zur Einigung. Streitlustig zeigten sich die Hamburger Hafenarbeiter auch 2024, als sie mit wilden Streiks gegen den Teilverkauf der Hamburger Hafen und Logistik AG an die Großreederei MSCH mobil machten.

<https://www.jungewelt.de/artikel/527352.tarifverhandlungen-der-hafenarbeitskampf-am-kai.html>